

Beschäftigte der Postbank sollen weniger Lohn erhalten

Die Postbank beschäftigte vor der Übernahme durch die Deutsche Bank etwa 22.000 Mitarbeiter, darunter rund 7.000 Beamte. Diese gelten nach dem Artikel 143b des Grundgesetzes als Bundesbeamte. Das Gesetz besagt unter anderem, dass durch die ehemalige Deutsche Bundespost beschäftigte Beamte bei den im Jahre 1995 gegründeten Aktiengesellschaften Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG weiter zu beschäftigen sind. Dies bedeutet, dass ohne eine Zustimmung des Beamten sein Tätigkeitsfeld nicht verändert werden darf.

Im Jahre 1999 wird die Postbank von der Deutschen Bundespost an die Deutsche Postbank AG verkauft. Die bis dato beschäftigten Beamten werden bei der Deutschen Postbank AG weiterbeschäftigt.

Im Jahre 2004 geht die Deutsche Postbank AG mit der Postbank an die Börse und handelt dort mit Anteilsscheinen. Die Aktienmehrheit behält sie aber. Im Jahre 2006 wird die BHW zu 90 Prozent mit 850 Filialen von der Postbank übernommen. Im Jahre 2008 verkündet die Deutsche Bank die Mehrheit der Aktien der Postbank zu übernehmen und setzt dieses mit dem Versprechen einer Beibehaltung der Arbeitsbedingungen und -verträge für die dort beschäftigten Angestellten und Beamten um. Zudem wird den Gewerkschaften und Betriebsräten eine uneingeschränkte Kooperation versprochen.

Das Versprechen der Deutschen Bank währte jedoch nicht lange, denn diese verkündete im Jahr 2011 eine Umstrukturierung von einigen Teilen der Postbank. So sollte das Kreditgeschäft in eine neue Gesellschaft umgelegt und ein Abbau von etwa 2.500 der rund 22.000 Beschäftigten durchgesetzt werden. Die gekündigten Mitarbeiter sollten dann erneut Arbeitsverträge in der neuen Gesellschaft erhalten, jedoch zu deutlich schlechteren Konditionen. Diese würden etwa 15 Prozent weniger Lohn, eine Kürzung von drei Urlaubstagen und eine Aufstockung der Arbeitszeit von rund 38 Stunden pro Woche auf 42 Stunden enthalten.

Die Beschäftigten der ehemaligen Postbank versuchten das Vorhaben der Deutschen Bank durch Streikaktionen zu verhindern.

Im Januar 2012 teilten die Deutsche Bank und die Postbank mit, dass sie Gespräche über einen Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag führen. Bis Ende Februar soll, nach Aussagen der Deutschen Bank, 90 Prozent der Postbank-Aktien vollständig übernommen werden.

Werbung:

Spezialkredite für den öff. Dienst
Umschuldung teurer Altkredite
www.ergo-kredit.de